

Zwischenbilanz

Corona Pandemie im Saarland

Stand 08.07.2020



Teil I: Einleitung

Die saarländische Landesregierung hat die Herausforderungen der Covid-19-Pandemie beherzt angenommen und ist mit zielorientierten Maßnahmen gegen die Risiken vorgegangen

- Als im Dezember 2019 die ersten Fälle von Covid-19 in China gemeldet wurden, war noch nicht klar, dass sich diese Krankheit binnen weniger Wochen und Monate zu einer weltweiten Pandemie ausbreiten würde. Am 3. März, wenige Tage bevor die WHO die Epidemie zur Pandemie erklärte, wurde dann der erste Fall im Saarland gemeldet. Noch vor dem Monatsende lag die Zahl der gemeldeten Fälle im Saarland schon bei knapp unter 1.000.
- Die Dynamik dieser Entwicklungen war für Deutschland und das Saarland eine noch nie dagewesene Herausforderung. Schon eine Woche nach dem ersten Fall im Saarland wurden vom Ministerrat in einer Sondersitzung weitreichende Maßnahmen in einem ersten Sofortprogramm eingeleitet.
 - Von Anfang an verfolgten die Maßnahmen klare Ziele:
Vorrangiges Ziel war und ist der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren. Dazu gehört insbesondere die Eindämmung des Infektionsgeschehens zur Vermeidung einer Überlastung des saarländischen Gesundheitssystems.
Ein weiteres Ziel war die Abfederung pandemiebedingter Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen. Insbesondere der Schutz vor sozialen Härten und Arbeitsplatzverlust haben dabei eine hohe Priorität.
Für die saarländische Landesregierung war es immer ein selbstverständliches Ziel, Maßnahmen in Abstimmung mit den anderen Bundesländern und in Freundschaft zu unseren europäischen Nachbarn durchzuführen. An diesem Ziel wollen wir uns auch in Zukunft messen lassen.
 - In den Wochen der Pandemie wurde den Bürgerinnen und Bürgern im Saarland vieles abverlangt und auch jetzt gibt es noch immer Einschränkungen im Alltag vieler Menschen. Es zeigte sich, dass die typisch saarländischen Tugenden Erfindungsreichtum, Pragmatismus und Solidarität unsere Politik unterstützt haben und geholfen haben, die erste Phase der Krise im Saarland zu bewältigen.
- Jetzt ist die erste Welle der Pandemie abgeklungen, und wir bestreiten zusammen den Weg in einen veränderten Alltag. Dabei geht es nicht nur darum, die Krisenfolgen, vor allem die wirtschaftlichen Folgen, zu bewältigen. Vielmehr geht es darum, unser Land widerstandsfähiger gegen Krisen zu machen, die Chancen, die auch dieser Krise innewohnen, aufzugreifen und den gezeigten Zusammenhalt, die Solidarität und das Verständnis in der Gesellschaft aufzunehmen und zu einer „neuen Kultur des Miteinanders“ auszubauen.

Die Covid-19-Pandemie stellte das Saarland vor noch nie dagewesene Herausforderungen

- Seit dem ersten Auftreten einer bestätigten Infektion mit dem Virus SARS-CoV-2 wurden im Saarland über 2.773 Fälle (Stand 08.07.2020) bestätigt. Zum Höhepunkt der Epidemie Anfang April wurden zeitweise über 100 neue Fälle pro Tag gemeldet; der Spitzenwert lag bei 179 gemeldeten Neuinfektionen am 2. April.
- Die Zahl der saarländischen Todesfälle im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung liegt bisher bei 174 (Stand 08.07.2020). Zeitweise mussten über 200 Erkrankte gleichzeitig in Krankenhäusern behandelt werden, und es waren über 50 Beatmungsplätze belegt. Besonders für ältere Menschen ist die Gefahr einer Erkrankung an Covid-19 hochgefährlich.
- Diese Zahlen in so kurzer Zeit zeigen, dass unser Gesundheitssystem ohne zusätzliche Maßnahmen sehr bald an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gekommen wäre. Ein Blick über die Grenzen belegt, dass ohne zusätzliche Kapazitäten, strenge Hygienekonzepte und eindämmende Maßnahmen unser vergleichsweise gut aufgestelltes Gesundheitswesen in kürzester Zeit nach Ausbruch der Epidemie seine Möglichkeiten erschöpft hätte.
- Erschwerend für das Saarland kam hinzu, dass die Region Grand Est am 11. März vom Robert Koch Institut zum Risikogebiet erklärt wurde. Bis heute sind dort über 5.000 Menschen mit einer Covid-19 Erkrankung gestorben. Es wurden im Saarland Testkapazitäten für über 1.000 Tests pro Tag aufgebaut. Dahinter steckt ein riesiger Aufwand – beginnend bei der strikten Beachtung der Testrichtlinien des Robert Koch-Institutes über die Sicherstellung der materiellen Ressourcen bis zur Bereitstellung der benötigten personellen Ressourcen für einen 24-Stunden-Betrieb.
- Finanziell ist und bleibt die Pandemie für das Saarland ein Kraftakt. Bis zum Ende des Jahres werden sich die pandemiebedingten Mehrausgaben wie z.B. Sofort- und Liquiditätshilfen für kleine und mittelständige Unternehmen, Beschaffung von Schutzausrüstung und Beatmungsgeräten oder die Erstattung von Stornokosten abgesagter Schulfahrten und die Erstattung von Elternbeiträgen von Ganztagschulen und Kindertagesstätten für den Landeshaushalt auf einen dreistelligen Millionenbetrag summieren. Weiterhin fallen die Steuereinnahmen des Landes allein dieses Jahr als unmittelbare Folge der pandemiebedingten Rezession um voraussichtlich 540 Mio. Euro geringer aus, als noch in der Novemberschätzung angenommen. Auch wenn durch die strikte Haushaltsdisziplin der letzten Jahre gewisse Spielräume entstanden sind, so wird das Saarland doch, um die Folge der Krise schultern zu können, eine erhebliche Neuverschuldung nicht vermeiden können.
 - Gerade in Krisenzeiten ist die Verwaltung als Ausführungsinstrument der Regierung besonders gefordert. Um die Infektionsgefahr zu verringern und die Arbeits- und Leistungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, wurde binnen kürzester Frist die Landesverwaltung möglichst weitgehend ins Home-Office verlegt. Es wurde ein Videokonferenzsystem für die gesamte Landesverwaltung ausgerollt.
 - Wir haben jederzeit die Menschen im Saarland über jeden Schritt der Pandemiebekämpfung informiert. Es wurden von der Landesregierung verschiedene Hotlines und Kommunikationskanäle eingerichtet, in denen zum Teil im Drei-Schicht-Betrieb sieben Tage die Woche Fragen von Bürgerinnen und Bürgern beantwortet wurden.

- Die deutlichen Spuren, die die Krise in der Wirtschaft hinterlassen wird, sind nicht zu übersehen, wenn gleich ihr Ausmaß sich noch nicht vollends abschätzen lässt. Umfragen der IHK zeigen, dass 96 Prozent der Unternehmen negative Auswirkungen der Corona-Pandemie auf ihre Geschäftstätigkeit spüren. Insbesondere Nachfragerückgänge, gestörte Lieferketten und behördlich angeordnete Schließungen machten den Unternehmen zu schaffen.
- Diese wirtschaftlichen Verwerfungen haben auch Auswirkungen auf dem saarländischen Arbeitsmarkt. Die saisonübliche Belegung auf dem Arbeitsmarkt ist nicht nur ausgefallen, vielmehr ist die Arbeitslosenzahl im April und Mai sogar gestiegen und liegt um fast ein Viertel über dem Vorjahresniveau. Von März bis Mai haben über 11.000 Unternehmen im Saarland Kurzarbeit angemeldet. Betroffen sind fast 150.000 Beschäftigte; das ist fast jeder dritte Arbeitnehmer im Saarland. Vorsorglich haben einige größere Betriebe schon betriebsinterne Vereinbarungen getroffen, um für Kurzarbeit bis zum Ende des Jahres vorbereitet zu sein.
- Durch die Digitalisierung wurde es allerdings auch ermöglicht, viele Tätigkeiten ohne Präsenz fortzuführen. Es wurden teilweise neue Geschäftsideen entwickelt, um zumindest einen Teil der Kosten für das Unternehmen wieder zu erwirtschaften. Dies bietet Chancen für wünschenswerte Effekte wie ein Erstarren der Regional- und Direktvermarktung oder kundenorientierte Dienstleistungen.. Diese und ähnliche positiven Entwicklungen gilt es aufzugreifen, um den Neustart der Wirtschaft nach der Krise zu beschleunigen und widerstandsfähiger gegen zukünftige Schocks zu machen.

Teil II: Maßnahmen in der Krise

Oberstes Gebot der Krise ist der Schutz von Gesundheit und Leben der Menschen

- Kontakte mussten beschränkt werden

Die höchste Übertragungswahrscheinlichkeit bei Infektionskrankheiten liegt bei einem direkten Kontakt mit einer infizierten Person vor. Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung waren von Anfang an ein zentrales Element der Eindämmungsstrategie des Saarlandes.

Als Sofortmaßnahme wurde bereits in der ersten Sondersitzung des Ministerrats am 11. März ein Verbot für alle Veranstaltungen mit über 1.000 Teilnehmern beschlossen. Das Verbot von Großveranstaltungen besteht zunächst bis zum 31. August fort. Großveranstaltungen bergen noch immer ein unkalkulierbares Risiko eines plötzlichen, massenhaften Ausbruchs von Covid-19. Langsame Lockerungen beispielsweise bei Sportveranstaltungen daher nur mit Auflagen darstellbar. Die Landesregierung ging mit gutem Beispiel voran und sagte sofort alle nicht zwingend notwendigen landeseigenen Veranstaltungen ab.

In den Fachministerien wurden frühzeitig Konzepte erarbeitet, welche Kontaktbeschränkungen noch sinnvoll machbar waren. So ordnete das Gesundheitsministerium am 14. März die sofortige Schließung bzw. Untersagung von Schwimmbädern, Discos, Bars, Indoorspielhallen, Tanzveranstaltungen, Clubs, Schwimmbädern und des Prostitutionsgewerbes an.

Ein besonders einschneidender Eingriff war die geordnete Schließung der Schulen und Kitas, sowie der Hochschulen ab dem 16. März. Notfalllösungen zur Betreuung von Kindern sowie zur Sicherstellung langfristiger Forschungsprojekte und der Versorgung von Labortieren wurde eingerichtet. Auch wenn wir noch nicht von einem „normalen“ Schulbetrieb sprechen können, so findet zwischenzeitlich wieder Unterricht statt, und es wurden Lösungen für Abschlussprüfungen, insbesondere für die Abiturprüfungen gefunden und umgesetzt. Damit ist sichergestellt, dass Schülerinnen und Schüler, die 2020 einen allgemeinbildenden Abschluss im Saarland machen, kein Nachteil im Bundesvergleich entsteht.

Lernend aus den Erfahrungen in anderen Ländern und mit Blick auf das immer noch exponentiell wachsende Infektionsgeschehen traten am 18. März weitreichende Schließungen, beispielsweise im Einzelhandel, Freizeiteinrichtungen, Weiterbildungs- und Kultureinrichtungen, sowie ein Verbot von Versammlungen über fünf Personen in Kraft.

Am 20. März traten vorläufige Ausgangsbeschränkungen in Kraft, die das öffentliche Leben im Saarland praktisch auf ein existenzielles Minimum zurückgefahren haben und erst seit dem 20. April zunächst langsam, jetzt zunehmend schneller wieder gelockert wurden. Am 4. Mai wurde die generelle Ausgangsbeschränkung im Saarland aufgehoben, so dass für das Verlassen der Wohnung kein triftiger Grund mehr vorliegen muss. Immer mehr Institutionen wie Museen, Zoos oder Sportstätten sowie Betriebe wie Gastronomen, Hotels oder Geschäfte können unter Einhaltung strenger Hygieneregeln wieder öffnen. Die jetzt gültigen Regelungen werden weiterhin fortlaufend entsprechend der Infektionslage geprüft und gelockert. Informationen gibt es über die Medien, auf der Sonderseite des Saarlandes zu Corona, sowie per Hotline oder E-Mail.

Verstöße wurden konsequent, aber auch mit Augenmaß verfolgt. Voraussichtlich werden sich praktisch alle durch die Staatsanwaltschaft Saarbrücken registrierten Verstöße gegen das Infektionsschutzgesetz als Ordnungswidrigkeiten herausstellen.

- Medizinische Kapazitäten wurden bereitgestellt

Seit dem 16. März wurden, soweit medizinisch vertretbar, alle planbaren Aufnahmen, Operationen und Eingriffe in Krankenhäusern verschoben bzw. ausgesetzt. Erst seit Mai werden wieder planbare Eingriffe vorgenommen. Ziel war es, Kapazitäten für einen zu befürchtenden steigenden Bedarf an Intensiv- und Beatmungskapazitäten durch Covid-19 freizuhalten. Die wirtschaftlichen Folgen für die Krankenhäuser wurden durch die Bundesregierung zumindest teilweise ausgeglichen. Gleichzeitig wurde ein Bonus für jedes Intensivbett, das zusätzlich provisorisch geschaffen und vorgehalten wird, gezahlt.

Die Zahl der Krankenhausbetten im Saarland wurde in den letzten zwei Monaten von knapp 5.900 auf über 6.600 erhöht. Die Bettenzahl für Intensivbehandlung stieg von knapp unter 600 auf rund 800 und die Zahl der Beatmungsplätze von rund 400 auf fast 500. Für die Dauer der pandemischen

Lage und bei Auslastung der stationären Kapazitäten wurden in allen Landkreisen Covid-19- Versorgungszentren eingerichtet bzw. soweit geplant, dass sie im Bedarfsfall rasch eingerichtet werden können. Im Rahmen eines Aufrufs haben sich rund 130 sog. Altärztinnen und Altärzte und rund 140 Studentinnen und Studenten der Humanmedizin als Helfer gemeldet. Um aktuell den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen, sind Mund-Nase-Schutzmasken beim Einkaufen, beim Gaststättenbesuch und im ÖPNV vorgeschrieben. Um die rechtzeitige Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, verteilte die Landesregierung am 27. April fünf Millionen Masken kostenlos als Erstausrüstung an die Haushalte. Insbesondere gilt es hier den Kommunen zu danken, die die Verteilung mit einer großen Anzahl freiwilliger Helferinnen und Helfer gestemmt hatten. Um für eine ausreichende Versorgung mit individueller Schutzausrüstung zu sorgen, hat das Land im großen Umfang Masken und Schutzanzüge, sowie Beatmungsgeräte und sonstige Ausrüstung angeschafft.

Die Landesregierung hat für die 22 Krankenhäuser und die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen dieses Landes einen Rettungsschirm gespannt. Der Ministerrat hat beschlossen, Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen, die sich aufgrund der aktuell wirtschaftlich schwierigen Situation vorübergehend in Zahlungsschwierigkeiten befinden, auf Antrag hin eine Landesbürgschaft zu ermöglichen. Damit soll verhindert werden, dass diese ihrem Versorgungsauftrag nicht mehr nachkommen können. Insgesamt wird die Landesregierung im Zeitraum 2020-2022 aus originären Landesmitteln 225 Mio. Euro für den Gesundheitsschutz zur Verfügung stellen.

Risikogruppen wurden besonders geschützt

Bereits mit der ersten Allgemeinverfügung am 18. März wurde das Betreten der teilstationären Tages- und Nachtpflege und Werkstätten für behinderte Menschen untersagt. Kontakte in Pflegeheimen und Krankenhäusern wurden eingeschränkt, und bei Bedarf wurden Einrichtungen unter Quarantäne gestellt. Zwischenzeitlich werden diese Maßnahmen zunehmend gelockert. Mit dem Projekt SaarCoScreen wurden Bewohner und Mitarbeiter in Alten- und Pflegeheimen, die bislang nicht von Corona betroffen waren, flächendeckend getestet. Es wurden über 20.000 Tests durchgeführt. Alle 130 getesteten Einrichtungen waren frei von SARS-CoV-2-Infektionen. Bei diesem Projekt, das bundesweite Beachtung fand, arbeitete die saarländische Forschungsgemeinschaft eng zusammen. Beteiligt waren neben dem UKS, die UdS, das Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik (IBMT) und das Helmholtz-Institut für Pharmazeutische Forschung (HIPS). Für den Gesundheitsschutz der sogenannten Risikogruppen wurden weiterhin auf der Sonderseite zu Corona entsprechende Informationen bereitgestellt. So gibt es beispielsweise einen Protection Plan des Gesundheitsministeriums zum Schutz der gefährdeten Menschen, mit dem die Leistungserbringer, aber auch pflegende Angehörige und Betroffene selbst praktikable Handlungsempfehlung zum Umgang mit den Risiken der Pandemie haben. Diese Pläne und Informationen werden ständig angepasst, auch und insbesondere mit Blick auf das Fortschreiten der Lockerungen der beschränkenden Maßnahmen.

Die Forschung im Saarland trägt zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie bei

Forschung ist ein wesentlicher Baustein, um die Covid-19-Erkrankung möglichst bald einzudämmen, die Sterblichkeit senken zu können, Risikofaktoren und -patienten zu identifizieren, präventiv zu wirken oder die Auswirkungen von Covid19 und deren Verbreitung zu untersuchen, um künftig gegensteuern zu können. Neben der Universität des Saarlandes und dem Universitätsklinikum sind hierbei sowohl Wissenschaftler der htw als auch fast aller außeruniversitären Einrichtungen im Saarland engagiert. Um z.B. möglichst rasch neue Diagnose- oder Therapieansätze zu identifizieren, arbeiten Expertinnen und Experten von Uni und Uniklinikum sowie des Helmholtz-Instituts für Pharmazeutische Forschung Saarland (HIPS), des Instituts für Biomedizinische Technik (IBMT) sowie des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) zusammen z.T. in Kooperation mit dem Landesamt für Verbraucherschutz und der Blutspendezentrale Saar-Pfalz. Ziel ist es dabei, den Erkrankungsverlauf besser vorherzusagen, Risikopatienten frühzeitig zu erkennen und über molekulare Analysen neue Therapieverfahren zu entwickeln. Im Rahmen einer Studie werden die saarländischen Forscher und Kliniker bundesweit und weltweit eng mit ähnlichen Studien zusammenarbeiten.

Forscher der Universität und des Universitätsklinikums des Saarlandes arbeiten zudem an neuartigen Testungen, um nachzuweisen, ob jemand bereits genesen bzw. Antikörper gebildet hat. Damit wäre es künftig möglich, gezielt immunes Personal in Kliniken und Pflegeheimen einzusetzen.

Auch sogenannte „Schnelltests“, die in kürzester Zeit virale Antigene nachweisen können und sich zum großflächigen Screening eignen, sind Gegenstand der Forschung im Saarland.

Diese Vorhaben werden durch die Landesregierung insgesamt mit fast einer Mio. Euro gefördert. Um sich über das weitere Vorgehen zur Bewältigung der Corona-Pandemie beraten zu lassen, hat Ministerpräsident Tobias Hans Anfang März einen Expertenkreis „Infektionsschutz“ einberufen. Neben dem Ministerpräsidenten und dem Chef der Staatskanzlei gehören diesem Gremium vom Universitätsklinikum des Saarlandes Prof. Barbara Gärtner, Prof. Sigrun Smola sowie Dr. Darius Kubulus an.

Weiterhin ist das Saarland das erste Bundesland mit einer breit angelegten Covid-19 Antikörperstudie. Mit dieser Studie wird das saarländische Gesundheitsministerium gemeinsam mit der Homburger Virologie das Blut von rund 2.300 Saarländerinnen und Saarländern auf Antikörper testen, um Klarheit über das Ausbruchsgeschehen zu erhalten.

Der Erhalt von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen ist zentral für das Land

- Soforthilfe-Maßnahmen der Landesregierung

Die Landesregierung hat als erste Maßnahme ab dem 24. März, eine Woche vor Start des Bundesprogramms, eine Corona-Soforthilfe in Form von nicht rückzahlbaren Leistungen angeboten. Von den Auswirkungen der Corona-Krise in ihrer Existenz bedrohte Kleinunternehmen mit bis zu zehn sozialversicherungspflichtig Beschäftigten konnten so 3.000 bis 10.000 Euro Soforthilfe bekommen. Kleinunternehmen wurden bisher über 12.800 Anträge genehmigt, und sie haben Soforthilfen in Höhe von rund 58,8 Mio. Euro erhalten. Mehr als dreiviertel der Hilfen für Kleinunternehmen kam dabei Unternehmen bis fünf Beschäftigten zu Gute. Flankiert wurde das Programm mit steuerlichen Hilfestellungen bei Stundungen, Vorauszahlungen und Fristverlängerungen. Auf steuerliche Vollstreckungsmaßnahmen und Säumniszuschläge wurde gänzlich verzichtet. Über das Bundesprogramm können dem bereits von der Soforthilfe des Landes angesprochenen Adressatenkreis weitere Zuschüsse von insgesamt bis zu 15.000 Euro gewährt werden.

Seit dem 15. April gibt es die „Mittelstandshilfe Corona“ für Unternehmen mit mehr als 10 und bis zu 100 Beschäftigten mit einem Gesamtprogrammvolume von rd. 82 Mio. Euro. Von den Soforthilfemaßnahmen des Landes und des Bundes sowie der kürzlich aufgesetzten „Mittelstandshilfe Corona“ profitieren die Unternehmen des Handwerks in besonderem Maße. Im Mittelstandsprogramm sind aktuell 573 Fälle mit rund 9,7 Mio. Euro beschieden worden.

Unterstützt wird der Mittelstand auch mit einem niederschweligen Sofort-Kreditprogramm des Wirtschaftsministeriums gemeinsam mit der SIKB, das von der Landesregierung Anfang April auf 25 Mio. Euro aufgestockt wurde. Hier können Darlehen bis zu 500.000 Euro beantragt werden, ohne dass dafür dingliche Sicherheiten zu stellen sind. Bisher wurden 184 Anträge mit einem Gesamtdarlehensvolumen in Höhe von rund 20,4 Mio. Euro gestellt.

Gleichwohl dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass die Lage immer noch schwierig ist. Ein bedeutender Anteil des coronabedingten Nachtragshaushaltes von 2,1 Mrd. Euro steht deshalb für wirtschaftspolitische, und hier insbesondere strukturpolitische Maßnahmen zur Verfügung. Die Landesregierung wird mit dem Zukunftspaket Saar und dem Konjunkturpaket der Bundesregierung alle Möglichkeiten zur Stabilisierung von Unternehmen und zu Zukunftsinvestitionen in Angriff nehmen. Die Landesregierung stellt im Zeitraum 2020-2022 Finanzmittel zur Existenzsicherung in den verschiedenen betroffenen Bereichen in Höhe von insgesamt 745 Mio. Euro bereit. Davon entfallen rund 350 Mio. Euro allein auf das Jahr 2020. Hinzu kommen die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Hilfen, die bis zum Jahr 2022 ein Volumen in einer Größenordnung von 480 Mio. Euro erreichen könnten.

- Arbeitsplätze sichern

Bisher haben krisenbedingt über 11.000 saarländische Betriebe mit zusammen fast 150.000 betroffenen Beschäftigten Kurzarbeit angemeldet. Vor diesem Hintergrund begrüßt und unterstützt die saarländische Landesregierung die verbesserten Kurzarbeitsregelungen mit höheren Bezugssätzen beim Vorliegen einer länger andauernden Kurzarbeit.

Um arbeitsmarktpolitische Projekte, die aus Landes- und ESF-Mitteln gefördert werden, so weit wie möglich aufrecht zu erhalten, haben die Landesregierung und die Projektträger detaillierte Verfahrensregeln und Handlungsempfehlungen aufgestellt. Ein übergreifendes Ziel besteht darin, bereits laufende arbeitsmarktpolitische Projekte soweit wie möglich nicht endgültig abubrechen. Da alle Maßnahmen mit physischer Präsenz unterbrochen wurden, haben die Träger ihre Angebote wo immer möglich auf alternative Durchführungsformen ohne Präsenz umgestellt.

Unverschuldete soziale Härten gilt es zu vermeiden

- Familien vor ausufernden Kosten schützen

Um gegen unverschuldete Notsituationen bei Familien vorzugehen, hat die Landesregierung Erstattungen von Stornokosten wegen abgesagter Schulfahrten und die Erstattung der Elternbeiträge für die Freiwillige Ganztagschule und die Kindertagesstätten übernommen.

Um Stromsperrungen in der Krise bei einkommensschwachen Haushalten zu verhindern, hat das Verbraucherschutzministerium erreicht, dass Stromsperrungen in betroffenen Privathaushalten von den saarländischen Energieversorgern und Netzbetreibern aufgehoben wurden.

Das Umweltministerium unterstützte die Versorgung bedürftiger Familien mit Obst und Gemüse aus dem EU-Schulprogramm, das über Tafeln und tafelähnlichen Einrichtungen abgegeben wurde. Aufgrund der hohen Nachfrage wurde das Programm mit Landesmitteln aufgestockt. So werden wöchentlich über 6.000 Personen von 35 Einrichtungen mit Obst und Gemüse versorgt.

- Soziale Dienstleistungen sicherstellen

Frühförderung und Integrationshilfen in Schulen und Kitas waren auch während Schul- und Kitaschließungen möglich und konnten bei Bedarf im häuslichen Umfeld gegeben werden. Die Vergütung von Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten werden fortgeführt, auch wenn Leistungen infolge der Corona-Pandemie nicht erbracht werden können.

Das Personal erhält entsprechend die volle Bezahlung. Leistungsträgern der Sozial-, Jugend- und Eingliederungshilfe wird ein Zuschuss von bis zu 100 Prozent auch bei nicht möglicher Leistungserbringung infolge Corona gewährt. Ebenfalls wird die trägerindividuelle Fahrtkostenpauschale bei Werkstätten für behinderte Menschen vollständig weitergezahlt.

Die Freundschaft zu den europäischen Nachbarn wurde auch in der Krise gewahrt

- Das Europa der offenen Grenzen wird auf eine harte Probe gestellt

Aufgrund der besonderen Situation als Nachbar eines Risikogebietes hat die Bundesregierung angeordnet, im Saarland ab dem 12. März wieder Grenzkontrollen zur Eindämmung der Infektionsketten einzuführen. Am 16. März wurden dann verstärkte Kontrollen durch das Bundesinnenministerium angeordnet. Mehrere Grenzübergänge wurden geschlossen und umgeleitet, so dass zeitweise nur vier Übergänge zu Frankreich und zwei zu Luxemburg bestanden. Nach und nach erreichte die Landesregierung die Öffnung weiterer Grenzübergänge. Ebenfalls wurden die Kontrollen auf Stichproben beschränkt. Ab dem 15. Juni sind die Kontrollen an den europäischen Binnengrenzen wieder durch das Bundesinnenministerium aufgehoben.

Die durchgeführten Grenzkontrollen stehen ausdrücklich nicht im Gegensatz zur deutsch-französischen Freundschaft oder zur europäischen Idee. Im Gegenteil ging es darum, gegen die Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus vorzugehen. Die Landesregierung steht in ständigem Kontakt mit Frankreich und Luxemburg. Auf Arbeitsebene finden seit der Einführung der Grenzkontrollen regelmäßig Telefonkonferenzen mit Grand -Est und den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg statt. Ausdruck der engen deutsch-französischen Freundschaft war der Umstand, dass die französische Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten beim Minister für Europa und Auswärtige Angelegenheiten sowie Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Frau Amélie de Montchalin, bei ihrer ersten Auslandsreise seit dem Ende der Ausgangssperre am 5. Juni den saarländischen Ministerpräsidenten in Saarbrücken besucht hat, um ihm explizit für die Aufnahme französischer Coronaintensivpatienten in saarländischen Kliniken zu danken.

Im Format der Großregion wurde eine „Task Force Corona“ eingerichtet, in der sich die Partner interregional in regelmäßig stattfindenden Videokonferenz eng austauschen. Durch diese regelmäßigen und zeitnahen Konsultationen konnten zahlreiche Probleme gelöst werden. Ob es um Regelungen für Kurzarbeiter aus Frankreich, um Besuchsmöglichkeiten für Ehepaare oder der Fahrt zu sorgeberechtigten Kindern bis hin zum Grenzübertritt für Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten geht, es konnten in vielen konkreten Fällen Erleichterungen erzielt werden. In dieser Krise war das oberste Gebot das des Abstandhaltens. Dies galt und gilt bis heute für die Menschen in ihren täglichen Verrichtungen diesseits wie auch jenseits der Grenze. Dies galt zu unserem großen Bedauern auch für unsere Partnerregionen hier im Grenzraum. Darunter haben viele Menschen in Lothringen wie auch im Saarland gelitten und jedem überzeugten Europäer blutete dabei das Herz.

Vereinzelte ist es im Zusammenhang mit den Grenzschießungen zu Anfeindungen von französischen Bürgerinnen und Bürgern gekommen. Auch wenn es sich nur um wenige Einzelfälle handelt, sind solche Vorgänge nicht hinnehmbar und werden von der saarländischen Landesregierung auf das Schärfste verurteilt. Wo die Regierung davon Kenntnis erhält, wird dem konsequent nachgegangen. Wir alle wissen, dass die weit überwiegende Mehrheit der Saarländerinnen und Saarländer mit solchen Diskriminierungen nicht in Verbindung gebracht werden will. Die deutsch-französische Freundschaft und die europäische Zusammenarbeit waren und sind zentrale politische und gesellschaftliche Leitlinien unseres Landes.

Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen der Großregion erhalten

Die Wirtschaft der Großregion wird zu einem erheblichen Maß durch Grenzpendler und grenzüberschreitend tätige Unternehmen geprägt. Für sie kam es durch Umwege und Wartezeiten zu teils erheblichen Beeinträchtigungen. Die Landesregierung hat stets darauf geachtet, den Waren- und Dienstleistungsverkehr über die Grenze aufrecht zu halten. Im Dialog mit dem Bundesinnenminister konnte der Ministerpräsident die Öffnung zahlreicher Grenzübergänge erreichen. Grenzpendler, die normalerweise in Luxemburg arbeiten, waren vermehrt gezwungen, ihrer Tätigkeit im Home-Office nachzugehen. Um nachteilige steuerliche Folgen aus dem Doppelbesteuerungsabkommen für die Betroffenen zu vermeiden, wurde auf Initiative auch der saarländischen Landesregierung zwischen der Bundesregierung und dem Großherzogtum Luxemburg eine zeitlich befristete Vereinbarung getroffen, wonach die Tage, die wegen der Corona Pandemie im heimischen Büro in Deutschland verbracht werden, als normale Arbeitstage in Luxemburg gelten sollen.

▪ Guten Freunden hilft man in der Not

Durch die langjährigen Kontakte im Rahmen der interregionalen Zusammenarbeit war es möglich, schnell und unbürokratisch eine beispiellose Hilfsaktion für französische Covid-19-Patientinnen und -patienten zu starten. In den Kliniken Homburg, Saarbrücken und Völklingen wurden Intensiv- und Beatmungsplätze für Franzosen bereitgestellt. Wenn immer es möglich war, wurde auch Hilfsgüter mit den französischen Freunden geteilt.

Staatspräsident Emmanuel Macron hat sich bei der Landesregierung in einem persönlichen Schreiben für die Hilfsaktion bedankt. Diese Hilfen haben Menschenleben gerettet und einen großartigen Beitrag für die deutsch-französische Freundschaft geleistet. Auch Frau Staatssekretärin Amélie de Montchalin hat sich bei Ihrem Besuch persönlich für die Solidarität zwischen unseren beiden Ländern bedankt und die Bedeutung der deutsch-französische Freundschaft für die europäische Idee betont.

Auch unser gutes Verhältnis zu Großbritannien war für den Ministerpräsidenten Anlass, einem Hilfesuch des Königreichs für Schutzausrüstung nachzukommen. Der britische Staatssekretär für Handelspolitik, Herr Greg Hands, hat sich hierfür persönlich beim Ministerpräsidenten telefonisch bedankt.

Teil III: Ausblick

An erster Stelle stehen die Menschen

- Die Pandemie ist noch nicht vorbei

Aktuell sind die Zahlen nicht beunruhigend. Der weit überwiegende Teil der erkrankten Menschen ist inzwischen wieder gesund, die Zahl der Neuinfektionen ist gering und es stehen größere Kapazitäten im Gesundheitswesen bereit als noch vor einigen Monaten. Allerdings ist der Virus SARS-CoV-2 weiterhin vorhanden. Das zeigen immer neue Infektionsgeschehen in anderen Bundesländern oder Staaten. Es gibt weder einen Impfstoff noch ein Medikament. Doch die Testverfahren haben sich verbessert und das medizinische Personal ist jetzt erfahrener im Umgang mit Covid-19-Patienten. Es gibt bislang leider noch immer keinen echten Schnelltest, der uns praktisch in Echtzeit ein Ergebnis liefert. Deshalb bleibt es wichtig, im Falle einer Infektion die Kontakte rasch nachzuverfolgen und für den Personenkreis, der Kontakt mit einer infizierten Person hatte, vorsorglich Quarantäne anzuordnen. Hierbei haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesundheitsämter in den letzten Wochen eine beachtliche Leistung erbracht.

Bund und Länder haben sich deshalb auf konkrete Werte geeinigt, ab wann wieder verstärkte Maßnahmen ergriffen werden. Um den Lockerungen gerecht zu werden, hat die saarländische Landesregierung sich entschlossen, mit 35 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner innerhalb von 7 Tagen einen strengeren Grenzwert anzuwenden. Weiterhin hat die Staatskanzlei an der Universität des Saarlandes ein Prognosemodell entwickeln lassen, das uns dabei unterstützt, die Lage sehr zuverlässig mit Blick auf die nächsten Wochen einzuschätzen.

Gerade jetzt, in der Lockerung der Maßnahmen, kommt es sehr auf die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an, um einen erneuten Großausbruch und damit verbundene Gefahren zu verhindern. Solange es kein Mittel oder eine Impfung gibt, bleiben Abstandhalten, Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung und Einhaltung von Hygieneregeln die Maßnahmen, um dem Virus zu begegnen.

- Für eine bessere Einschätzung der Situation wird das Saarland als erstes Bundesland eine repräsentative Antikörperstudie durchführen.

- Wir sind als Gesellschaft in der Krise gewachsen

Die Vielfalt an Solidarität, Einfallsreichtum und Einsatzbereitschaft in den letzten Wochen war schier unglaublich. Es wurden Masken genäht, Studierende meldeten sich zum medizinischen Dienst und Nachbarn halfen sich beim Einkaufen. Wir sind als Gesellschaft auf Abstand gegangen und standen nie so dicht zusammen. Daraus wird ein gesellschaftliches Miteinander erwachsen, das weit über die ohnehin schon lebenswerten Sozialstrukturen im Saarland hinausgeht.

Dieses gesellschaftliche Miteinander wird in den Kommunen gelebt. Damit sie auch weiterhin finanziell handlungsfähig sein können, spannt die Landesregierung einen umfassenden kommunalen Schutzschirm. Er sieht vor, dass das Land die Steuermindereinnahmen bei der Gewerbesteuer und auch bei der Einkommensteuer für die Jahre 2020-2022 zur Hälfte ausgleichen wird. Hinzu kommen die Stabilisierung des Kommunalen Finanzausgleichs auf dem Niveau des Jahres 2020 laut Haushaltsplan sowie ein Teilausgleich bei den Kosten der Unterkunft und der Heizung.

Die Krise wird den wirtschaftlichen Strukturwandel beschleunigen

- Ein tiefgreifender wirtschaftlicher Aufholprozess wird nötig sein

Die Coronakrise hat zu gesamtwirtschaftlichen Erschütterungen geführt. Alle Frühindikatoren zeigen jetzt schon an, dass ganz Europa eine Rezession bevorsteht. Um den Wohlstand zu sichern, wird es notwendig sein, schnell wieder auf einen Wachstumspfad zu kommen. Wir streben nachhaltige Investitionen in eine innovative, zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur mit modernen Arbeitsplätzen an. Eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur bedeutet auch eine gute ökologische Bilanz.

Die Krise war ein Katalysator für Digitalisierung und Innovation

Fast jeder zweite Bürojob wurde in den letzten Wochen mehr oder weniger aus dem Home-Office wahrgenommen. Videobesprechungen, Telefonkonferenzen und Onlineabstimmungen wurden für viele von uns zu einer Selbstverständlichkeit. Auch Wissenschaft und Forschung haben in den letzten Wochen an Stellenwert gewonnen.

Diesen innovativen Schwung werden wir mitnehmen und im Saarland gezielt den Strukturwandel fortsetzen, der Industrien wie Automobil und Stahl zukunftsorientiert modernisiert, der neue Wertschöpfung durch innovative und digitale Technologien schafft und der beweist, dass Ökonomie und Ökologie zusammen ein Ganzes ergeben und kein Widerspruch zueinander darstellen.

Bis 2022 investiert das Land in Innovation und Digitalisierung 322 Mio. Euro. Die saarländische Landesregierung hält weiterhin an dem Ziel fest, das Saarland zur europäischen Herzkammer für Cybersicherheit und Künstliche Intelligenz sowie zu einem Hot-Spot für Innovation und Gründung auszubauen. Darin enthalten sind allein 100 Millionen Euro des Landes für den Gigabit-Ausbau, der vom Bund zudem mit weiteren 200 Mio. Euro unterstützt. Auch werden wir für die Digitalisierung der Bildung über 50 Millionen Euro einsetzen. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie dringlich dies ist. Bis zum Jahr 2022 wollen wir jeder Schülerin und jedem Schüler ein Tablet zur Verfügung stellen.

Unsere Großregion ist in dieser Krise weiter zusammengewachsen.

Nach Corona wird eine neue Qualität der Zusammenarbeit in der Großregion eintreten

Am 28. April tagte der Gipfel der Großregion in einer Videokonferenz mit den Exekutiven der Großregion zu den aktuellen und künftigen Herausforderungen der Coronakrise. Alle Regierungen der Großregion waren sich dabei einig, dass wir in der Region bei der Bewältigung der Corona-Krise und ihren Folgen weiter eng zusammenarbeiten müssen.

Der Zwischengipfel der Großregion im Juni wird im Zeichen von Corona und der gemeinsamen Bewältigung der Folgen stehen. Die Partner der Großregion müssen zusammen mit der deutschen und der französischen Nationalregierung die Vorkehrungen für einen großregionalen Pandemieplan einleiten, damit wir auf ein nächstes Ereignis vorbereitet sind.

Die Covid-19-Pandemie hat den Menschen, Unternehmen und dem Gesundheitswesen viel abverlangt. Und die Gefahr ist noch nicht vorbei, bis ein Impfstoff massenhaft verfügbar ist. Gleichzeitig hat die Pandemie auch unsere Stärke als Saarländerinnen und Saarländern zum Vorschein gebracht.

Aristoteles sagte einmal „Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen.“ In diesem Sinne wird es die Aufgabe der saarländischen Landesregierung in den nächsten Jahren sein, die Segel so zu setzen, dass wir mit den saarländischen Stärken nicht nur die Krise bewältigen, sondern gestärkt aus ihr hervorgehen werden.

Daher hat die Landesregierung ein „Zukunftspaket Saar“ vereinbart. Mit 2,1 Mrd. Euro aus dem Nachtragshaushalt des Landes und den Konjunkturlösungen des Bundes beträgt das Gesamtvolumen über 2,5 Mrd. Euro. Dieses Zukunftspaket zielt in zwei Richtungen. Zum einen geht es darum, über notleidende Kommunen, Unternehmen, Selbstständige ebenso wie Vereine und Kulturschaffenden bis hin zu sozial Bedürftige einen Schutzschirm zu spannen. Zum anderen werden Investitionen so ausgerichtet, dass sie das Land in zentralen Zukunftsfeldern deutlich nach vorne bringen, damit diese Investitionen auch Früchte für die Zukunft und für unsere kommenden Generationen tragen.